

Kiedricher Blättche

Gut für Kiedrich... SPD

Nr. 2/2016



John-Sutton-Schule: Neubau für Kiedricher Betreuungseinrichtung

Kreistag gibt 650.000 Euro für den Bau einer Einrichtung an der Kiedricher Grundschule frei

Die SPD setzt sich im Kreistag für den Neubau ein. Die beiden Kiedricher Kreistagsabgeordneten Winfried Steinmacher und Udo Wesemüller hoben dafür die Hand.

Der wichtigste Tagesordnungspunkt war bei der Kreistagssitzung am 11. Februar zweifellos die Verabschiedung des Haushaltes 2016 für den Rheingau-Taunus-Kreis.

Mit ins Finanzpaket geschnürt und für Kiedrich von großer Wichtigkeit: der Bau eines Betreuungsgebäudes an der John-Sutton-Grundschule.

Dafür wurden mit den Stimmen der beiden Kiedricher SPD-Kreistagsabgeordneten Winfried Steinmacher und Udo Wesemüller 650.000 Euro beschlossen, die nun in diesem Jahr verbaut werden.

Die Zahl der „Betreuungskinder“ ist in den letzten Jahren stetig angestiegen, die vorhandenen Räumlichkeiten in einem gebrauchten Pavillon sind mit derzeit 85 Kindern mehr als ausgelastet. Der Pavillon kann dabei nur eine befristete Übergangslösung sein.

Unsere Schule ist seit 2011/2012 im Landesprogramm für ganztägig arbeitende Schulen. Das

Ganztagsangebot hat einen hohen Zulauf, der nur mit einem ausreichenden Raumangebot abgedeckt werden kann.

Dazu müssen nun die notwendigen Räume inklusive einer Aufwärmküche und einem Speiseraum eingerichtet werden.

Es besteht außerdem die Möglichkeit, das auf dem Gelände stehende ehemalige Hausmeisterhaus abzureißen und dort einen Neubau mit den besagten zwei Räumen sowie eine Aufwärmküche und einem Speiseraum zu errichten.

Unterstützung und Rückendeckung erhielten unsere beiden Kreistagsabgeordneten Winfried Steinmacher und Udo Wesemüller dabei von der SPD Kiedrich, die voll hinter der Entscheidung steht.

Denn für die Sozialdemokraten ist es klar: nirgends kann man diese 650.000 Euro besser einsetzen als für das Wohl unserer Kinder.

Wesemüller lobte auch in diesem Zusammenhang ausdrücklich die hervorragende Arbeit des Vereins Elterninitiative „Betreuende Grundschule e.V.“ mit seinen vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern.

4,7 Millionen Bürger sind am 6. März wahlberechtigt

Darunter sind viele EU-Bürger. Hier einige Zahlen zur Kommunalwahl:

Rund 4,7 Mill. Hessen dürfen laut Statistischem Landesamt bei den Kommunalwahlen am 6. März ihre Stimme abgeben. Darunter 360.000 nicht-deutsche EU-Staatsangehörige.

Von dieser Gruppe haben knapp 18 Prozent die polnische Staatsangehörigkeit, fast ebenso viele sind Italiener. Unter den Bundesbürgern dürfen 97.000 Menschen zum ersten Mal bei einer landesweiten Wahl ihre Stimme abgeben.

Sie alle entscheiden über die Zusammensetzung der Gemeindevertretungen sowie der Stadtverord-

netenversammlungen, Ortsbeiräte und Kreistage mit. Zusätzlich wird es 37 Bürgermeisterwahlen und vier Bürgerentscheide geben. Gewählt wird in 426 Städten und Gemeinden und 21 Landkreisen.

Rund ein Drittel der deutschen Wahlberechtigten ist 60 Jahre oder älter, jeweils knapp 30 Prozent sind zwischen 45 und 59 beziehungsweise zwischen 25 und 44 Jahren alt. Die jüngste Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen ist mit einem Anteil von neun Prozent vertreten.

Schießbefehl der AfD: Wer wird die „Calamity Jane“ des Jahres?

Zwei Frauen mit rauchenden Colts kämpfen um den End-Sieg - die Preisträgerin ist noch offen: AfD-Vorsitzende Frauke Petry oder ihre Stellvertreterin, Beatrix von Storch.

Die erste Anwärterin um den Titel „Calamity Jane“ (Katastrophen-Jane) des Jahres, Frauke Petry von der neurechten Alternative für Deutschland, fightet in großem Rahmen.

Ihre tapferen Kämpfer sind deutsche Grenzpolizisten, die einen illegalen Grenzübertritt wilder Barbaren, Islamisten und Flüchtlinge hinein ins deutsche „Vaterland“ verhindern sollen und dabei notfalls auch von der Schusswaffe Gebrauch machen müssen, weil es so im Gesetz stehe.

Ein Interviewer hatte aus der AfD-Vorsitzenden Petry die Aussage herausgekitzelt, dass „*bei illegalem Grenzübertritt*“, wie es überall auf der Welt – und bis vor etwa zwei Jahren auch in Deutschland völlig normal war – „*notfalls auch von der Schusswaffe Gebrauch gemacht werden muss*“, wenn den Anweisungen der Beamten nicht gefolgt wird.

Die zweite Titelkandidatin, Parteivize Beatrix von Storch, wirbt für Waffengewalt auch gegen Frauen und Kinder. Schließlich seien Flüchtlinge in Österreich sicher.

Mit der AfD soll Deutschland also in Richtung „Neue Verantwortung“ galoppieren. Gemeint ist die Rückkehr zu alter militärischer Stärke, damit die Export-Nation auch morgen noch weltweit kräftig zubeißen kann.

Wir meinen:

Mit den Wahlen kommt die Wahrheit: Diese AfD brauchen wir nicht. Sie hat sich gehäutet. Heraus kommt keine regenerative Zellerneuerung, sondern der hässliche rechte Mob.

Gemeinsam ist ihnen ihr Hass auf Flüchtlinge, die sie zu ihrem gemeinsamen Feindbild erkoren haben. Auf das sie einschlagen und Flüchtlingsunterkünfte anzünden, wie es überall im Land von ihren Gesinnungsgenossen vorgemacht wird. Brandstifter allesamt!

Das scheint beim Stimmenfang zu funktionieren. Die AfD wird jeden Tag dreister und schon mahnt ihre Anführerin Frauke Petry zur Abweisung von Flüchtlingen: „zur Ultima Ratio gehört der Einsatz von Waffengewalt“.

Fernsehdebatte in neuem Licht

In Rheinland-Pfalz wollten sich einige Politiker nicht mit der Alternative für Deutschland (AfD) an einen Tisch setzen. Nicht kurz vor der Wahl das Opfer bringen, sich der Diskussion, der Auseinandersetzung, zu stellen. Die Empörung war groß

weil viele glaubten, die AfD schieße doch zumeist nur mit beeindruckend lauten Platzpatronen.

Es sind aber keine argumentativen Platzpatronen die der Ablenkung dienen. Denn plötzlich liegt etwas da und glimmt in der braunen argumentativen Düsternis: Ist es eine scharfe Patrone? Genau: die AfD möchte auf Flüchtlinge schießen!

Wer also möchte noch mit solchen Leuten diskutieren? Die CDU-Vize Julia Klöckner, die die AfD der Demokratie wegen nicht ausgrenzen will? Klar doch: sie wollen zwar auf Flüchtlinge, Frauen und Kinder schießen, sind aber sonst richtig nette Demokraten. Meine Güte, Julia, wie kannst Du nur...!

Für die SPD Kiedrich ist die Zeit der sachlichen Auseinandersetzung vorbei. Vorbei wie die Zeit, in der man sich in der AfD lieber auf Polemik, Beleidigungen, herausgepickte Zitate, die „rassistisch“ sein sollen und auf einen angewiderten Gesichtsausdruck beschränkte. AfD-Positionen mit vernünftigen Parteiprogramm gab es ohnehin noch nie.

Ja, auch wir in der SPD wissen: Polizisten tragen Waffen. Sie tragen Waffen, um dem Gesetz Geltung zu verschaffen. Auch wenn es in allererster Linie nur die Macht der Drohung ist, die den Anforderungen eines Bewaffneten den nötigen Nachdruck verleiht. Und das ist gut so.

Dumm gebabbelt, kurz gedenkt!

Mit Fassnacht hatte es also nichts zu tun. Auf einmal darf nun gesagt werden, was so unsäglich ist. Dabei galt gründliches Nachdenken einmal als zunächst zu erbringende Minimalleistung.

Das schafft die AfD aber nicht. Sie bläst stattdessen den Gebrauch der Schusswaffe durch die Medien, weil man die Grenzen nicht mehr sichern könne. Und das die AfD-eigene Gesetz- und Grenzenlosigkeit „alternativlos“ sei.

So erinnern sie an Goethes Zauberlehrling, der uns nun erklären will, dass er die Geister, die er rief, nicht mehr loswird – oder loswerden will. Auf das diese Geister uns alle nur bereichern.

Wie wäre es stattdessen alternativ mit einem „Neuen Pazifismus“? Oder zerstört der Arbeitsplätze und ist damit unsozial?

Also, Calamity Jane, Schießbefehle hatten wir in Deutschland schon. Niemand, der klar denken kann, will sie wieder zurück.

Udo Wesemüller
(für die SPD Kiedrich)

SPD: Rheingau-Taunus-Kreis bei Schulpolitik hessenweit vorn

Die SPD im Rheingau-Taunus-Kreis zieht mit Blick auf die Schul- und Bildungspolitik dieser Wahlperiode eine positive Bilanz:

„Uns ist es gelungen, trotz knapper Finanzen einen klaren Schwerpunkt auf Investitionen in Schu-

le und Bildung zu legen“, erklärt der Fraktionsvorsitzende der SPD im Kreistag, Georg Mahr.

Dabei verweist die SPD auf aktuelle Zahlen des Landkreises:

- In der Wahlperiode seit 2011 sind über 66 Millionen Euro in die Sanierung, den Bau und

die Erweiterung von Schulgebäuden und Sportstätten geflossen. In der vorherigen Periode lagen die Investitionen für diesen Bereich bei gerade einmal 40 Millionen Euro. „Moderne Schulgebäude sind ein wichtiger Faktor für ein positives Lernumfeld“, so Mahr.

- Auch beim Ausbau von Ganztagsangeboten und der Schulsozialarbeit macht der Landkreis große Fortschritte. In der Amtszeit von SPD-Landrat Burkhard Albers wurden 35 Ganztagsangebote an Schulen geschaffen, die Zahl der Stellen für die Schulsozialarbeit sei auf 24,5 Stellen ausgeweitet worden.

„Als der CDU-Vorgänger des Landrates 2005 abgewählt wurde, gab es null Stellen für die Schulsozialarbeit und kreisweit nur an einer einzigen Schule ein Ganztagsangebot.“

Wir haben den Kreis aus dem bildungspolitischen Schlaf geweckt und sind in die Bildungs-Bundesliga aufgestiegen“, ergänzt der Parteivorsitzende der Kreis-SPD und Bundestagsabgeordnete, Martin Rabanus.

- Stolz ist die SPD auch auf den schnellen Ausbau der Kinderbetreuung für unter 3-jährige. Gab es im Jahr 2011 noch 922 Plätze, seien es Stand heute bereits 1601.

„All diese Zahlen zeigen, dass der Rheingau-Taunus-Kreis mit uns auf einem guten Kurs ist. Diese Erfolge lassen wir uns von der CDU nicht kaputtreden. Die Willsch-CDU ist auf allen Ebenen ganz groß im Fordern und ganz klein im Tun“, kritisiert Rabanus und gibt die Marschrichtung der SPD vor: „Handeln statt Schlechtreden“.

Gute Schulen haben wir jetzt – nun wollen wir die Besten!“

Kumulieren und Panaschieren

Wie geht das... und wer kommt dann ins Parlament? Was es damit auf sich hat, erklären wir hier:

Am 6. März um 18:00 Uhr ist die Wahl vorbei. Danach wird gezählt. Bei der Kommunalwahl haben Sie mehr Einfluss als bei anderen Wahlen. Hier können Sie auch mitentscheiden, welchen Personen Sie Stimmen geben und welchen nicht.

- **KUMULIEREN** bedeutet: Einzelnen Personen bis zu drei Stimmen geben.
- **PANASCHIEREN** bedeutet: Personen auf verschiedenen Parteilisten ankreuzen.
- **STREICHEN** bedeutet: Einzelne Personen von der Liste einer Partei streichen. Dazu muss man aber die Parteiliste vorher oben angekreuzt haben.

Welche Möglichkeiten habe ich also?

1. Auf Nummer sichergehen:

Erst 'mal auf Nummer sicher gehen und die SPD-Liste ankreuzen! Ihr kommen dann automatisch alle Stimmen zugute, die nicht an einzelne Personen vergeben werden. Sie werden von oben nach unten auf der Liste verteilt. Wenn Sie in der die Liste nicht weiter ankreuzen wollen ist der Wahlakt damit beendet.

WICHTIG: Auch wenn Sie eine Liste angekreuzt haben, können Sie danach immer noch kumulieren und panaschieren.

2. Kumulieren:

Sie können „ihren“ Kandidaten bis zu drei Stimmen geben. Insgesamt können Sie zusätzlich zur Listenwahl so viele Personen auf dem Wahlzettel ankreuzen, wie Sitze zu vergeben sind. Die Anzahl ist auf dem Wahlzettel vermerkt.

Wenn Sie weniger Kreuze machen, werden Ihre restlichen Stimmen der Partei zugerechnet, die Sie angekreuzt haben und dort von oben nach unten auf die Kandidaten ihrer Parteiliste verteilt.

3. Panaschieren:

Beim Panaschieren kann man seine Stimmen auf mehrere Listen verteilen. Dabei darf die Stimmenhöchstzahl nie überschritten werden, sonst ist der gesamte Stimmzettel ungültig.

WICHTIG: Jede Stimme für einen Kandidaten zählt auch für dessen Liste/Partei. Sie verhilft der jeweiligen Partei unter Umständen auch dann zu mehr Sitzen, wenn die angekreuzte Person selbst nicht ins Parlament einzieht.

4. Streichen

Wenn man vorher eine Liste angekreuzt, kann man auch durch Streichen Einfluss nehmen. Soll ein Kandidat nicht von ihrer Stimme profitieren, kann man den Namen einfach durchstreichen.

Dadurch wird eine Einzelstimme „frei“, die dann an eine andere Person vergeben werden kann – sofern man seine maximale Stimmenanzahl nicht bereits vorher verbraucht hat.

Auszählen der Stimmen:

Das ist aufwendig, dauert in der Regel ein, zwei Tage bevor das Ergebnis feststeht.

Im ersten Schritt werden alle Listen- und Personenstimmen ausgezählt. So wird ermittelt, welche Partei wie viele Sitze erhält. Alle Personenstimmen werden dabei der jeweiligen Partei zugerechnet.

Danach wird gezählt, welche Personen auf einer Parteiliste die meisten Stimmen bekommen haben. Diese rücken nach oben und kommen dann ins Kommunalparlament – bis zu der Sitzzahl, die die Partei im ersten Schritt erhalten hat.

Wie viele Stimmen stehen Ihnen zur Verfügung?

Genauso viele wie die Gemeindevertretung oder der Kreistag Sitze hat. Für Kiedrich also 19 Stimmen, für den RTK-Kreistag 61 Stimmen.

Heilen (nein: Werben!) mit Placebos der CDU im Rhg./Ts.-Kreis

Willsch, Beuth oder auch Helbing – plötzlich sind sie wieder da. Doch wer glaubt's so recht?

Wer kennt sie nicht, die kleinen bunten Pillen? Die beruhigen sollen, aber ohne echten Inhalt und tatsächliche Wirkung sind? Mit ihnen gaukelt man Menschen, in diesem Fall den Wählern, die festen Glaubens sind, etwas vor. Tatsächlich ist es Täuschung.

Auch die CDU des Rheingau-Taunus-Kreises weiß das und wirbt nun damit um die Stimmen der Wähler.

Ihre „Placebos“ heißen dabei Willsch, Beuth oder auch Helbing. Allesamt hauptberufliche Politiker, die vor nicht allzu langer Zeit ihr Kreistagsmandat niederlegten, weil sie es mit ihren Verpflichtungen als Berufspolitiker zeitlich nicht mehr vereinbaren konnten. Dazu jetzt noch die Staatssekretäre Jung und Koch, sowie die meisten CDU-Bürgermeister.

Allesamt treten sie nun als Kreistagskandidaten auf den ersten Plätzen der CDU-Liste doch wieder an. Prominent besetzt und mit bekannten Namen geht die CDU im Kreis so auf Stimmenfang.

Zum Schwur kommt es nach der Wahl. Es ist wohl anzunehmen, die Wähler werden sich die Augen reiben, dass die Mehrheit der Kandidaten ihr Mandat gar nicht annehmen wird, bzw. kann.

Denn merke: Wem das politische Hauptamt vor der Wahl keine Zeit ließ, der dürfte auch nach der Wahl keine haben!

Nachrücker werden dann für die Politprofis auf dem CDU-Ticket in den Kreistag einziehen. Die Prominenten auf den ersten Plätzen waren nur „Placebos“.

Die Absicht der CDU ist es, mit prominenten „Placebos“ um Stimmen zu werben. Den Gutgläubigen wird so etwas vorgegaukelt, was dann im Kreistag keine Wirkung mehr zeigen wird. Denn die „Prominenz“ wird ihr Mandat bald wieder abgeben oder gar nicht erst annehmen.

Ehrlicher wäre es gewesen, wenn die Kreis-CDU genau mit den ersten Kandidaten antreten würde, die nach der Wahl tatsächlich auf den ersten Plätzen im Kreistag mitarbeiten würden.

Warum sollte man in Kiedrich SPD wählen?

Bewegen statt reden – das Ziel heißt: Kiedrich aktiv gestalten

Einer schneller Ort entwickelt sich weiter: Mit der SPD und ihrem Bürgermeister Winfried Steinmacher ist Kiedrich weit vorangekommen.

Für den SPD-Vorsitzenden Udo Wesemüller liegt der Grund damit auf der Hand: *„Wir setzen uns für alle Bürgerinnen und Bürger ein. Die SPD Kiedrich bewegt mehr als andere Parteien“.*

Am 6. März 2016 haben die Bürgerinnen und Bürger bei der Kommunalwahl die Möglichkeit zu entscheiden, ob Kiedrich weiter vorne bleibt. Nur mit einer starken SPD Kiedrich können die Erfolge der letzten Jahre fortgeführt werden. Sie hat mit dem Bau- und Gewerbegebiet auch dafür gesorgt, dass bestehende Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen werden.

Unser Kiedrich ist eine lebens- und liebenswerte Region, viele Menschen in der SPD sorgen dafür, dass Menschen hier gut leben und gute Verkehrsverbindungen und Straßen nutzen können.

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten für die Kommunalwahl sind Teil unserer Gemeinde. Sie kommen aus allen Bevölkerungsgruppen. Es sind Arbeiter oder Angestellte, Studenten oder Rentner, Frauen und Männer, die in der Gemeinde mehr bewegen als andere, denn „Bewegen statt Reden“ ist nicht nur ein Spruch, sondern wird von uns jeden Tag aufs Neue gelebt.

Der SPD-Vize Benedetto Troia ist mit der Zusammensetzung der Kommunalwahlliste daher sehr

zufrieden: *„Wir haben eine gute Mischung aus bewährten und neuen Kräften, Männern und Frauen, zusammengestellt, so dass die Arbeit der Fraktion auf guten Füßen steht“.*

Das Wahlprogramm der SPD Kiedrich ist ein Eckpunktepapier, dessen Überschrift *„Zukunft beginnt vor Ort: Vertrauen durch Leistung!“* mehr als ein bloßes Schlagwort ist.

Die Kiedricher SPD hat nicht nur in der Vergangenheit die Verantwortung für viele Entscheidungen allein übernommen, sondern ist bereit dies auch in Zukunft zu tun. *„Wir setzen uns dafür ein, gute Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger in unserer Gemeinde zu erhalten, für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, aber auch für eine nachhaltige Ortsentwicklung, damit Kiedrich ein attraktiver Wohn- und Wirtschaftsstandort bleibt“*, fassen Wesemüller und Troia einige Punkte des Papiers zusammen.

Die SPD-Fraktion werde auch künftig vertrauensvoll mit Bürgermeister Winfried Steinmacher zusammenarbeiten und alle zukünftigen Projekte auf ihre Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit hin überprüfen.

Zum Abschluss stellen beide fest: *„Wir stellen uns mit diesen Eckpunkten zur Wahl und freuen uns heute schon auf die rege Diskussion mit den Bürgerinnen und Bürgern Kiedrichs.“*

Warum wählen gehen? 10 Gebote? Nein, 10 gute Gründe.

Politikerverdrossenheit, fehlendes Interesse, das Gefühl, dass die eigene Stimme ohnehin keinen Ausschlag gibt, müssen oft als Gründe der Nicht-

wähler gehalten. Wir wollen hier aufzeigen, warum eine Teilnahme an der Wahl für jeden Wahlberechtigten ein klares „Muss“ sein sollte.

1. Weil es unser Recht ist!

Eine Demokratie ohne Wahlen gibt es nicht, weil nur das Volk seine Vertreter entsenden kann. Jeder sollte daher seine Rechte nutzen.

2. Weil nur vertreten werden kann, wer einen Vertreter wählt!

Wer sonst, wenn nicht ich, soll denn bestimmen, wer für mich entscheidet? Nutze ich diese Chance nicht, entscheiden andere für mich.

3. Weil Demokratie nicht ohne Wähler funktioniert!

Wenn alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht, muss das Volk auch mithelfen. Nur so funktioniert eine Demokratie.

4. Weil Wahlverweigerung gar nichts nützt!

„Wahlverweigerungs-Protest“! Welche Protestbotschaft ist denn das? So lässt man so nur zu, dass andere über einen bestimmen.

5. Weil jede Stimme zählt!

Bei uns ist bei Wahlen jede Stimme gleich viel wert. Sie trägt dazu bei, den „richtigen“ Kandidaten oder der bevorzugten Partei Einfluss auf Zeit zuzuweisen.

6. Weil man damit Verantwortung übernehmen kann!

Die Stimmabgabe heißt auch, Verantwortung zu übernehmen. Jeder trägt selbst dazu bei, dass bestimmte politische Ziele (für ihn) in Angriff genommen werden.

7. Weil man damit aktiv die Politik beeinflussen kann!

Mit meiner Stimme nehme ich Einfluss auf die Politik und die wiederum nimmt Einfluss auf Fragen des Kiedricher Alltags. Ich bestimme also mit meiner Stimme die Richtung.

8. Weil andere entscheiden, wenn ich nicht wähle!

Wenn ich selbst entscheiden will, wer mich vertritt, muss ich zur Wahl gehen und meine Stimme abgeben.

9. Weil auch ungültig gemachte Stimmen eine Aussage tragen!

Wenn ich tatsächlich keine Alternative sehe, sollte ich trotzdem zur Wahl gehen. Auch ein ungültig gemachter Stimmzettel ist eine Wahlaussage.

Und setzt der Politik ein Signal. Nämlich, dass die Parteien es scheinbar nicht schaffen.

10. Weil eine angemessene Wahlbeteiligung die Einführung einer Wahlpflicht auch dauerhaft verhindert!

Niemand darf in Deutschland zum Wählen gezwungen werden. Doch ist es eine Frage der Freiheit, ob der Staat mich dazu zwingt oder ich selbst aus freien Stücken und mit klaren Vorstellungen zur Wahl gehen kann. Lassen wir es nicht dazu kommen, uns selbst die Freiheit beschneiden zu lassen.

Aufgeschnappt bei der AfD...

Seit Kurzem tummelt sich die AfD auch auf Facebook und sorgt dort jetzt mit einem brisanten Vergleich für Unmut.

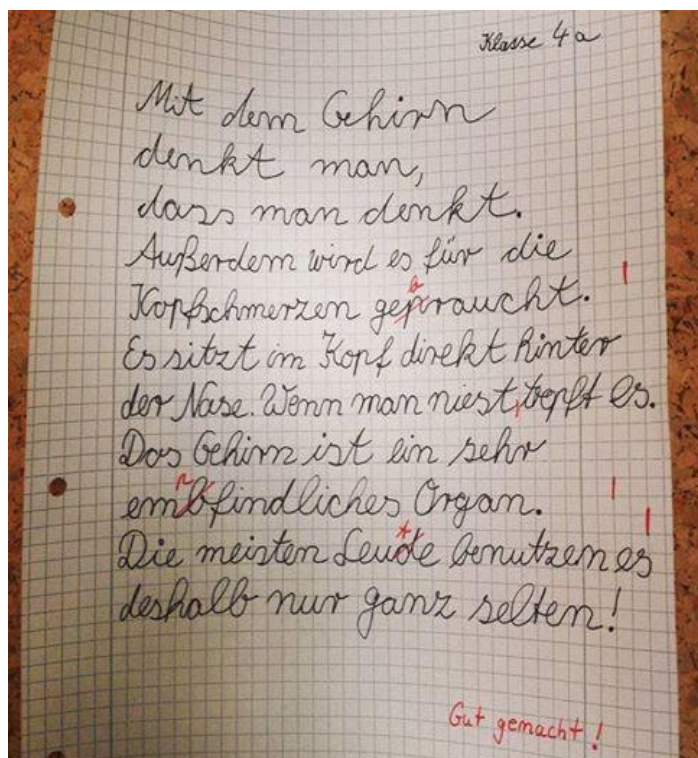
Zum Besuch von Kanzlerin Merkel in Neubrandenburg heißt es:

„Ohne die bezahlten Klatschaffern und Claqueure von Freisler-Verschnitt Heiko Maas werden die Ausflüge von Schlepperkönigin Merkel momentan [...] zum Spießrutenlauf.“

„Freisler-Verschnitt“! Wir meinen dazu: Menschen, die die Politik so kommentieren, sollte man einfach nicht wählen! Wir wissen, dass unsere Bürger über genug Geist und moralische Festigkeit verfügen, um am 6. März die richtige Wahl zu treffen.

Anmerkung der Redaktion: „Freisler“ war ein gefürchteter Nazi-Strafrichter im Dritten Reich, zugleich berühmter Präsident des Volksgerichtshofes. Er war verantwortlich für etwa 2.600 oft vornherein festgelegte Todesurteile.

Die AfD vergleicht hier also den Bundesjustizminister Heiko Maas mit Roland Freisler: Ekelig!



Die SPD Kiedrich im Internet

Alle Informationen der Kiedricher SPD können Sie noch einmal im Internet recherchieren

- Möchten Sie noch einen Artikel des Kiedricher Blättchens nachlesen?
- Wer sind noch einmal die SPD-Kandidaten und für was stehen sie?
- Haben Sie unser Wahlprogramm verlegt?

Alles kein Problem. Auf der Homepage der SPD Kiedrich (<http://www.spd-kiedrich.de>) bieten wir alle Informationen und Dokumente rund um die Kommunalpolitik unserer Heimatgemeinde.

Und alles zur Kommunalwahl 2016 gibt es auf unserer Sonderseite: <http://kommunalwahl.spd-kiedrich.de/index.php>.

Schauen Sie auf unserer Homepage vorbei und informieren Sie sich online. Oder teilen Sie uns über dieses Medium Ihre Hinweise oder Anregungen mit.

Ihre SPD Kiedrich

Mit der SPD in den Kommunen zu gebührenfreien Kindertagesstätten.

Gebührenfreie Kitas -- wir wollen Familien zu den Gewinnern des neuen Länderfinanzausgleichs machen.

Die Kommunen sind die Basis der Politik. Mit einer starken SPD als Grundlage möchte die Hessen-SPD die Familien zu den Gewinnern des neuen Länderfinanzausgleichs machen und endlich auch in Hessen gebührenfreie Kitas einführen.

Es ist seit jeher sozialdemokratisches Ziel, dass Kinder unabhängig von Geldbeutel und Herkunft gute Bildungschancen haben sollen. Deshalb versteht es fast niemand, warum das nicht auch für Kindertagesstätten gilt. Die SPD will dies in Hessen ändern. Endlich soll Schluss sein mit der Bildungsbenachteiligung, und gleichzeitig sollen Familien entlastet werden.

Spätestens mit dem neuen Länderfinanzausgleich stehen nun die Mittel bereit, dies umzusetzen. Die Beseitigung der Kitagebühren in Hessen würde junge Familien finanziell entlasten, frühkindliche Bildungsbarrieren beseitigen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern. Kurz: Sie würde für mehr sozialen Zusammenhalt in Hessen sorgen.

Kiedrich würde wie viele SPD-geführte Kommunen in Hessen sofort die Gebührenfreiheit einführen, wenn die Landesregierung ihnen die finanziellen Spielräume dazu ließe.

Angesichts der kommunalfeindlichen Kürzungen, die die CDU-geführten Landesregierungen der letzten Jahre zu verantworten haben, ist dabei die

vollständige Übernahme der Kosten durch das Land zwingende Voraussetzung.

CDU und Ministerpräsident Bouffier brechen Wahlversprechen

Doch CDU und Grüne haben bei der Plenardebatte in der vergangenen Woche eindrucksvoll deutlich gemacht, dass sie die hessischen Eltern nicht von den vor Ort zum Teil wahnsinnig hohen Kita-Kosten entlasten wollen, obwohl Ministerpräsident Bouffier es vor der Landtagswahl versprochen hat.

Die Kiedricher SPD sieht das genauso:

Kitagebühren reißen tiefe Löcher in das Budget junger Familien. Die kommunalfeindliche Politik der CDU-geführten Landesregierungen haben etliche Kommunen in den letzten Jahren gezwungen, bestehende Gebühren immer weiter anzuhäufen.

Wir wollen der schwarz-grünen Landesregierung nun zeigen, dass sich Hessens Eltern eine finanzielle Entlastung bei der frühkindlichen Betreuung ihrer Kinder wünschen. Das geht am besten mit einer starken SPD an der Basis. Und die fängt vor der eigenen Haustüre an: hier bei uns in Kiedrich.

Deshalb bitten wir alle Bürgerinnen und Bürger uns zu unterstützen und den ersten Schritt zur Abschaffung der Gebühren zu gehen.

Mit einer starken SPD in Kiedrich fängt es an.

Verschoben, nicht vergessen - Hallenflohmarkt der SPD !

Am **28. Februar** ist es wieder so weit. Über 73 Anbieter haben sich für den großen Hallenflohmarkt der SPD im Kiedricher Bürgerhaus angemeldet. Der SPD-Flohmarkt ist mit seinen tollen Angeboten und einer prall gefüllten Kuchentheke traditionell gut besucht und in puncto Standanmeldung frühzeitig ausgebucht.

Ansprechpartner ist Hubertus Harras, ☎ 06123-2530. Er nimmt ihre Anmeldungen entgegen (und führt auch eine Warteliste)

Für alle, die den SPD-Flohmarkt wie gewohnt am ersten Sonntag im März erwarten, hier noch einmal der Hinweis: in diesem Jahr ist der erste Sonntag im März der Kommunalwahl vorbehalten. Der SPD-Flohmarkt findet daher schon eine Woche früher, am **28. Februar**, statt.

„Kiedricher Schuldenuhr“ ist eine Schummeluhr!!!

Kiedrich hat seine Schulden kontinuierlich reduziert

Was bezweckt der Kiedricher CDU-Nachwuchs mit seiner „Schuldenuhr“? Wollen sie mit Fantasiestahlen Wahlkampf machen oder wissen sie es einfach nicht besser?

Ihre seltsame Uhr hat die Junge Union Kiedrich im Internet installiert. Und die zeigt, Stand 18.02., ungläubliche (besser: unwahre) 14 Mill. Schulden an.

Das Schummelbarometer der jungen CDU'ler:

Verschuldung der Gemeinde Kiedrich (Gesamtschulden inkl. Kassenkredite) 14.217.534,11 Euro Verschuldung pro Einwohner: 3.599,38 Euro
--

Fakt ist, die Gemeinde Kiedrich hat ihre Verschuldung spürbar abgebaut: die Summe der lang- und kurzfristigen Verbindlichkeiten ist dank einer klaren Haushaltspolitik der SPD deutlich zurückgegangen.

Insbesondere aufgrund der Überschüsse durch die Aktivitäten in den Neubaugebieten konnte diese Summe auf aktuell 6.799.824,95 Euro Investitionsdarlehen reduziert werden.

Die Kassenkredite wurden auf maximal 3 Millionen Euro festgelegt, aber noch gar nicht in Anspruch genommen (Anm.: „Kassenkredite“ sind in etwa einem privaten Überziehungsrahmen ähnlich).

Und das Beste: Kiedrich hat als Überschuss aus den Bauprojekten Alter Sportplatz sowie dem Misch- und Gewerbegebiet über 3 Millionen auf der hohen Kante! Der Kassenbestand (Bankkon-

ten und Einlagen) betrug am 15. Februar genau 3.066.068,28 Euro.

Das ist der richtige Weg. Bürgermeister Steinmacher und die SPD werden auch in Zukunft das Ziel der Schuldentilgung verfolgen.

Christdemokraten informieren falsch

Junge Christdemokraten, die auch für die Gemeindevertretung kandidieren, behaupten auf ihrer Internetpräsenz permanent, dass sich der Schuldenstand der Gemeinde auf weit über 10 Mio. Euro beläuft - Tendenz steigend.

Wider besseres Wissen oder weil sie es einfach nicht wissen?

Bei Redaktionsschluss lief der Zähler immer noch (falsch). Die jungen CDU'ler beweisen an dieser Stelle, dass sie entweder keinen Überblick haben oder bewusst in die Irre führen wollen.

„Wie auch schon bei unserer letztjährigen Bürgerumfrage zum Vorschein kam, bestehen große Unklarheiten bei vielen Kiedrichern über das Ausmaß unserer kommunalen Verschuldung“, erklären sie unseren Bürgern im Internet die Situation.

Das scheint wohl zu stimmen. Allerdings liegen die Unklarheiten vor allem bei der Jungen Union selbst.

So, wie vor einiger Zeit, als sie die Schließung der Bücherstubb empfohlen haben, um Geld zu sparen. Heute ist unsere Bücherei weiterhin eine geschätzte Einrichtung, getragen von einem aktiven Verein.

Liebe Junge Union in Kiedrich, wir meinen: Kompetenz sieht anders aus.

Wer ist protokollarisch „erster Bürger“ unserer Gemeinde?

Das Volk ist der Souverän. Und darauf kommt es an. Mit dieser einfachen Formel lässt sich unsere Frage nach dem „ersten Bürger“ beantworten.

Es ist demnach der Vorsitzende des Gemeindeparlaments, Harald Rubel, SPD.

Die Funktion der Parlamentspräsidenten („alle Macht geht vom Volke aus“) hat die oberste Priorität in unserem Staats- und auch Kommunalaufbau. Es ist also nicht etwa Bürgermeister Winfried Steinmacher, ebenfalls SPD. Hätten Sie das gewusst?

Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel ist protokollarisch nicht die Nummer 1, sondern die Nummer 4. Vor ihr kommen Bundespräsident, Bundestagspräsident, Bundesratspräsident. Und bei uns in der Kommune ist es eben der Vorsitzende der Gemeindevertretung.

In der Regel stellt die stärkste politische Kraft auch die bzw. den Vorsitzende*n. Sollte das nach der Kommunalwahl wieder die SPD sein, wird sie Harald Rubel, der einen tollen Job gemacht hat, erneut nominieren.

SPD im Kreistag lehnt Hallenbenutzungsgebühren ab

Aufgewärmt: erneut ging es im Rheingau-Taunus-Kreis um Hallennutzungsgebühren

Die SPD im Rheingau-Taunus-Kreis sieht sich nach wie vor als Partner der Vereine und hat das jetzt gegenüber dem Sportkreis Rheingau-Taunus und im Vorfeld der Kommunalwahl erneuert.

Es ging dabei um nicht weniger als die Forderung nach einer Hallennutzungsgebühr, die die Vereine

für die Nutzung kreiseigener Hallen zu zahlen hätten. Also auch die Kiedricher Vereine für die Turnhalle an der John-Sutton-Schule.

Warum überhaupt diese Diskussion?

Der Rheingau-Taunus-Kreis steht unter dem finanziellen Schutzschirm des Landes Hessen und

hat entsprechende Auflagen zu erfüllen. Da es bei dem Betrieb der Sporthallen eine Unterdeckung in Höhe von 1,4 Millionen Euro gibt, müsste der Kreis ab 2017 einen Kostenbeitrag für die Benutzung der Hallen von den Sportvereinen einfordern.

Mit im Spiel ist auch immer wieder die Forderung, „freiwillige Leistungen“ nicht mehr zu finanzieren. Das allerdings sehen beiden Kiedricher Kreistagsabgeordneten der SPD, Winfried Steinmacher und Udo Wesemüller ganz anders.

Beide erinnern daran, dass der Sport in Hessen seit der positiven Volksabstimmung 2006 Verfas-

sungsrang hat. Damit sei die Sportförderung eben keine „rein freiwillige Leistung“ mehr, die Einführung von Benutzungsgebühren für die kreiseigenen Hallen müsse deshalb vom Tisch.

Beide, Steinmacher wie auch Wesemüller, sind sich darüber einig, dass der Stellenwert des Ehrenamtes in den Sportvereinen nicht durch eine Hallennutzungsgebühr konterkariert werden darf.

Und diese Meinung vertreten die beiden Kiedricher SPD-Kreistagsabgeordneten deshalb auch im Kreistag.

Unsere Bitte: Schauen Sie, dass das besser wird!

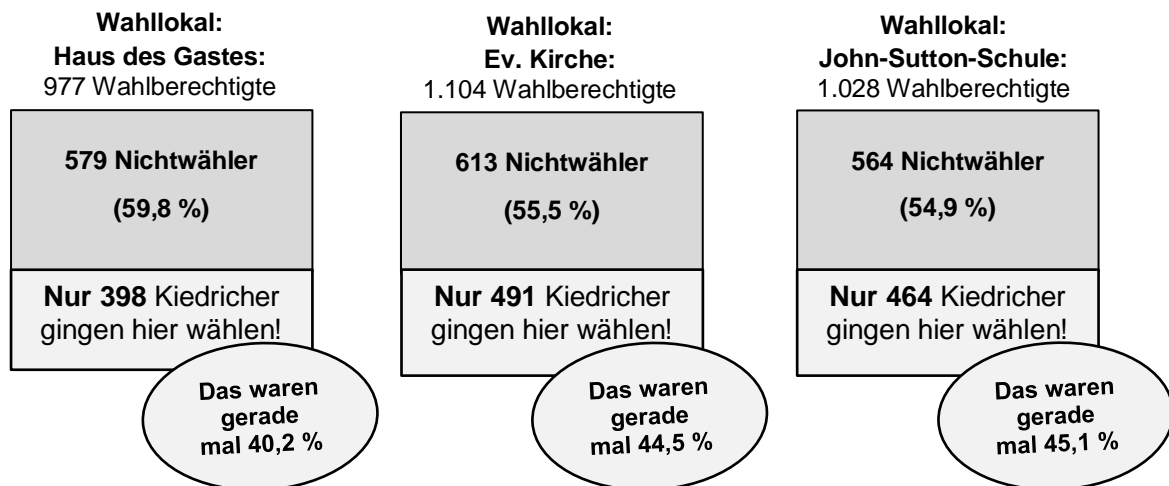
Schon in der letzten Ausgabe hatten wir es thematisiert: Mehr als die Hälfte der Kiedricher blieb bei der Kommunalwahl 2016 zu Hause.

Das ist in jeder Hinsicht schade und bedauerlich.

Also: Nehmen Sie sich am 6. März Zeit für einen kleinen Spaziergang – und damit für Kiedrich. Oder machen Sie von der Briefwahl Gebrauch.

Bei Kommunalwahlen bietet die Briefwahl auch die Möglichkeit, den Wahlzettel und die verschiedenen Vorschläge in aller Ruhe und bequem Zuhause auszufüllen. Also, egal wie: gehen Sie bitte wählen.

Hier noch einmal die Wahlbeteiligung bei der letzten Kommunalwahl 2011:



Kiedricher auf Facebook



Viele Kiedricher kommunizieren via Facebook, die größte geschlossene Facebook-Gruppe des gotischen Weindorfs heißt sogar "Kiddericher".

Auch die SPD Kiedrich ist seit langem auf Facebook online - wir laden euch herzlich ein, einmal vorbeizuschauen:

<https://www.facebook.com/spdkiedrich/>

TERMINE

- 6. März.: Kommunalwahl 2016 - Hingehen und Wählen: SPD
- 20. März: 4. Kiedricher WeinSteig
- 28. März: 6. Kiedricher Wildschweinfest der SPD
- 4. April: Eröffnung des Weinprobierstandes
- 23. April: Konzert der KCV Big Band: "It's swing and Party-Time"
- 24. April: Gem. Chor Liederblüte: 40-jähriges Bestehen / Offenes Singen

V.i.S.d.P.
SPD-Ortsverein Kiedrich
c/o Udo Wesemüller,
65399 Kiedrich
www.spd-kiedrich.de